

BERICHTAUSBRÜSSEL

Aktuelle Meldungen aus der Europapolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. | Vertretung in Brüssel

Association des Chambres de Commerce et d'Industrie Allemandes | Vereniging van de Duitse Kamers van Koophandel en Nijverheid
Association of German Chambers of Industry and Commerce (DIHK e.V.) | 19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Brüssel | www.dihk.de
Tel. ++32-2-286-1611 | Fax ++32-2-286-1605 | Redaktion: Franziska Stavenhagen | E-Mail: stavenhagen.franziska@dihk.de

Inhaltsverzeichnis

Standpunkt	3
Neue Mehrheitsverhältnisse nach den Zwischenwahlen in den USA.....	3
Recht	4
DIHK-Vorschläge zur Verbesserung des Ihr-Europa-Portals.....	4
Konferenz der EU-Institutionen zur Stärkung der Subsidiarität.....	5
Brexit	6
Brexit von A bis Z – DIHK veröffentlicht Brexit-Glossar	6
Bildung	7
Digitalisierung im Bildungsbereich.....	7
Energie & Umwelt	7
Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union sind 2017 gestiegen.....	7
Erneuerbare Energien: verschiedene Rahmenbedingungen führen zu Marktverzerrungen in der EU	8
Umgang mit hormonschädlichen Chemikalien	9
Kurz notiert	10
Fortschritte in FTA-Verhandlungen mit Indonesien und Neuseeland.....	10
EP nimmt Bericht zu „Nutzung der Globalisierung: handelspolitische Aspekte“ an.....	10
Gemeinsames Kommuniqué der Ottawa-Ministerkonferenz zur WTO-Reform	10
EU-Mandat für hormonfreies Rindfleisch-Zollkontingent mit USA.....	10
EVP und Grüne haben ihre Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019.....	11
Die Woche in Brüssel	11
Zahl der Woche	11
2,1 Prozent	11

Standpunkt

EU muss weiter bei ihrer klaren Linie bleiben



Freya Lemcke, Vice President, Representative of German Industry and Trade (RGIT)

■ Neue Mehrheitsverhältnisse nach den Zwischenwahlen in den USA

Die USA haben gewählt. Die genauen Auszählungen zu einigen Entscheidungen laufen noch, aber die Mehrheitsverhältnisse sind klar: Die Demokraten übernehmen die Mehrheit im Repräsentantenhaus, während der Senat in republikanischer Hand bleibt. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Demokraten zu den handelspolitischen Initiativen der Trump-Administration – wie zum Beispiel zukünftige Verhandlungen mit der EU – stellen. Denn bei der Wahl wurden mehrere Demokraten abgestraft, die sich im Wahlkampf in Agrarstaaten proaktiv gegen die neuen US-Zölle positioniert hatten – viele Landwirte halten trotz Einbußen durch US-Zölle und Gegenmaßnahmen der Handelspartner bisher zu der Trump-Linie.

Die Wahlen krepeln den Ways and Means-Ausschuss im Repräsentantenhaus um, der für Wirtschafts- und Handelspolitik zuständig ist. Fast die Hälfte der bisher im Ausschuss vertretenen Republikaner wurde abgewählt oder trat nicht mehr an. Neuer Vorsitzender wird voraussichtlich der Demokrat Richard Neal aus Massachusetts. Als Freund Europas war er zu Obama-Zeiten einer der Vorsitzenden des TTIP-Caucus im Repräsentantenhaus und kennt daher die Themen gut, die nun bei den US-EU-Gesprächen wieder relevant werden. Ein wichtiger Indikator für die EU wird sein, wie sich die Demokraten in Bezug auf das aktualisierte Abkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada verhalten. Blockieren sie den Deal der Trump-Administration aus parteipolitischen Gründen, könnte dies ein Präzedenzfall für den möglichen Deal zwischen der EU und den USA sein.

Bereits morgen ist die EU-Handelskommissarin Malmström wieder für Gespräche mit dem US-Handelsbeauftragten Lighthizer in Washington, DC. Ende des Monats treffen sich Präsident Trump und Präsident Juncker beim G20-Gipfel in Buenos Aires. Während die EU klar sagt, sie würde die Gespräche bei der Einführung von neuen Autozöllen abbrechen, bleibt im Weißen Haus die Versuchung groß, diese Zölle als Faustpfand für die Verhandlungen mit der EU und Japan zu nutzen. Diese kann der Präsident ohne Zustimmung des Kongresses erlassen. Die Vorzeichen hier haben sich also nicht geändert und die EU ist wohl aufgefordert, ihre klare, entschlossene Linie zu einem ausgewogenen Ergebnis weiter zu verfolgen.

Ihre

Freya Lemcke

Recht

■ DIHK-Vorschläge zur Verbesserung des Ihr-Europa-Portals

Informationen über grenzüberschreitendes Wirtschaften sollten nutzerfreundlicher werden

Am 8. November hat der DIHK der Kommission [Vorschläge](#) zur Überarbeitung des Portals „Ihr Europa“ („Your Europe“) übersandt. Die Kommission überarbeitet das Portal derzeit zur Umsetzung des Single Digital Gateway. Sie hat bereits angekündigt, die Ideen soweit wie möglich aufzugreifen; viele der Schwierigkeiten erkennt auch sie an und arbeitet an Lösungen. Im Sommer hatten IHK-Kollegen an Workshops der Kommission teilgenommen und dort ihre Erfahrungen eingebracht. In Deutschland sind die IHKs für die Unternehmen die ersten Ansprechpartner bei fast allen Fragen der Geschäftstätigkeit. Sie bieten Informationen sowohl für deutsche als auch für EU-Unternehmen, gerade auch wenn sie grenzüberschreitend tätig werden wollen. Ihr Erfahrungsschatz ist für die Überarbeitung des Portals sehr wertvoll.

Das Ziel der Kommission, Informationen der EU und der Mitgliedstaaten zu grenzüberschreitenden Wirtschaftstätigkeiten besser zugänglich zu machen, wird seitens der IHK-Organisation anerkannt. Das Ihr-Europa-Portal gibt Unternehmen bereits zahlreiche hilfreiche Hinweise. Es muss an vielen Stellen jedoch grundlegend verbessert werden. Es sollte nutzerfreundlicher, verständlicher und übersichtlicher werden. Essentiell ist, dass das Portal per Google-Suche gut auffindbar ist. Ansprechpartner müssen leicht auszumachen sein. Zumindest für Nutzer, die Informationen bezüglich einer Tätigkeit in Deutschland suchen, sollte auch viel stärker auf die IHKs als Ansprechpartner und Hilfsdienst verwiesen werden. Darüber hinaus könnten die Auslandshandelskammern (AHKs) verlinkt werden. Gerade in Bezug auf die Existenzgründung sind mehr Informationen notwendig. An vielen Stellen, vor allem auf den Seiten zur Mehrwertsteuer oder zum Verbraucherrecht, schlummert der Fehler leider noch im Detail. Auch muss das Zusammenspiel mit den nationalen Webseiten, zum Beispiel denen der Einheitlichen Ansprechpartner, noch besser werden. Dort sollten die Informationen zumindest auch in Englisch zur Verfügung stehen. Langfristig sinnvoll wäre, das Ihr Europa Portal zum gemeinsamen Meldeportal bei Arbeitnehmerentsendungen und Gewerbebeanmeldungen auszubauen.

(Stö)

■ Konferenz der EU-Institutionen zur Stärkung der Subsidiarität

DIHK fordert konsequente Prüfung von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit

Am 15./16. November 2018 werden die EU-Institutionen in [Bregenz](#) auf Einladung der österreichischen Ratspräsidentschaft über eine bessere Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips diskutieren. Die Kommission hatte am 23. Oktober ihre Vorstellungen in einer Mitteilung [veröffentlicht](#). Im Vorfeld der Europawahlen im Mai 2019 und vor dem Hintergrund der Debatte über die Zukunft Europas möchte sie die politischen Entscheidungsprozesse anpassen, um eine Priorisierung auf Projekte mit europäischem Mehrwert zu erreichen und den Verwaltungsaufwand für die staatlichen Stellen ebenso wie für Bürger und Unternehmen zu reduzieren. Dabei greift sie auch Empfehlungen der [Taskforce](#) für Subsidiarität auf.

Im Mittelpunkt steht das „Subsidiaritätsraster“ („subsidiarity grid“), eine Prüfliste mit konkreten Fragen bzw. Kriterien für die Prüfung von Rechtsgrundlage, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Es soll Folgenabschätzungen und Gesetzgebungsvorschlägen zugrunde liegen. Die Kommission wird Parlament und Rat vorschlagen, es ebenfalls anzuwenden, um Änderungen an Kommissionsentwürfen im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zu prüfen. Zudem will die Kommission es den nationalen Parlamenten erleichtern, die achtwöchige Stellungnahmefrist einzuhalten. Ihre Positionen sollen besser sichtbar gemacht werden. Außerdem will die Kommission die Erfahrungen und Standpunkte der regionalen Parlamente und der lokalen und regionalen Behörden stärker einbeziehen und regionale Auswirkungen besser untersuchen. Der Ausschuss der Regionen (AdR) soll über „Regional hubs“ die Erfahrungen vor Ort stärker bündeln. Darüber hinaus soll die REFIT-Plattform zur Bewertung des Verwaltungsaufwands geltender EU-Rechtsvorschriften umgestaltet werden. Auch die Transparenz der Verfahren im Rat und im Trilog ist wieder ein Thema.

Auch wenn eine bessere Priorisierung der EU zentrales Ziel der Juncker-Kommission schon seit ihrem Arbeitsbeginn 2014 ist, werden Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit in der Praxis immer noch nicht ausreichend geprüft. Der [Ausschuss für Regulierungskontrolle](#) (RSB) stellt vielfach Mängel fest. Zuletzt wurde die Kritik im Rahmen der beiden Konsultationen zur Besseren Rechtsetzung von vielen Stakeholdern vorgebracht, auch vom [DIHK](#).

(Stö/Be)

Brexit

DIHK und EU-Kommission beraten Unternehmen zur Vorbereitung auf den Brexit

■ Brexit von A bis Z – DIHK veröffentlicht Brexit-Glossar

Wissen Sie, was es mit dem Chequers Plan auf sich hat? Wer die DExEU ist oder wer in der Article 50 Task Force sitzt? Oder sagt Ihnen der Begriff „Government Procurement Agreement“ etwas? Viele Begriffe machen im Zusammenhang mit dem Brexit die Runde. Vom Abkommen über technische Handelshemmnisse bis hin zu Zöllen und Kontingenten: Die wichtigsten Vokabeln rund um den Brexit erläutert der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) jetzt in einem [Brexit-Glossar](#).

Das „Government Procurement Agreement“ beispielsweise ist ein internationales Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen, mit dem Ausschreibungen zwischen den beteiligten Parteien geöffnet werden sollen. Das Abkommen entstand im Rahmen der WTO. Sein Ziel ist es, dass offene, faire und transparente Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Bisher beteiligen sich an dem Abkommen 47 Mitgliedstaaten, darunter die Länder der EU. Mit dem Brexit muss das Vereinigte Königreich die Mitgliedschaft neu beantragen.

Diese und viele weitere mit dem Brexit verknüpften Ausdrücke können Sie ab sofort in dem achtseitigen DIHK-Glossar nachschlagen. Die Veröffentlichung listet zudem die zentralen Daten zum EU-Austritt Großbritanniens auf. Sie wird im weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen stetig ergänzt und aktualisiert.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission eine [Anleitung](#) herausgegeben, wie sich Unternehmen auf den Brexit vorbereiten können. Sowohl die Verantwortlichkeiten in der Lieferkette über Zölle, Ein- und Ausfuhrverbote als auch Datenvermittlung werden thematisiert. All diese Punkte werden von Änderungen betroffen sein, sobald das Vereinigte Königreich die EU verlässt. Zudem verweist die Liste auch auf die nationalen Industrie- und Handelskammern, um mehr Informationen zur Vorbereitung auf den Brexit zu bekommen. Der DIHK veröffentlichte dazu bereits seine eigene [Checkliste](#) sowie einen monatlichen [Newsletter](#) rund um das Thema.

(Du/JS)

Bildung

Selbstbewertungstool SELFIE für Schulen gestartet

■ Digitalisierung im Bildungsbereich

Ende Oktober haben EU-Bildungskommissar Tibor Navrasics und die polnische Bildungsministerin Anna Zalewska das neue [SELFIE-Tool](#) als Selbstreflexionswerkzeug für Schulen an einem Gymnasium in Warschau offiziell vorgestellt. Die SELFIE-Aktion ist eine der elf Initiativen des von der Kommission im Januar angenommenen Aktionsplans für digitale Bildung. Die Abkürzung steht für „Self-reflection on Effective Learning by Fostering the use of Innovative Educational Technologies.

Nach den Vorstellungen der EU-Kommission soll das SELFIE-Tool Lehrern, Schulleitern und Schülern dabei helfen, zu beurteilen, wie ihre Schule derzeit digitale Technologien zum Lehren und Lernen einsetzt sowie ob und in welcher Hinsicht noch Optimierungspotential besteht. Das Reflexionswerkzeug steht in den 24 Amtssprachen der EU zur Verfügung und ist auf freiwilliger Basis für die verschiedenen Schulen zugänglich. Eine Vorläuferversion war im vergangenen Jahr im Rahmen eines Pilotprojektes in 650 Schulen und 14 Ländern getestet worden. Es ist flexibel und modular konzipiert, so dass Schulen Fragen zu dem vorgeschlagenen Konzept hinzufügen können, um es an ihre besonderen Gegebenheiten anzupassen. Die Aussagen und Fragen konzentrieren sich auf unterschiedliche Bereiche des Schullebens wie Lehr-, Lern- und Bewertungspraktiken, Infrastruktur und Lehrerbildung.

Die Initiative soll eine zielgerichtete Integration digitaler Technologien und einen klaren pädagogischen Fokus sowie einen ganzheitlichen schulischen Ansatz fördern. Bis Ende 2019 sollen damit eine Million Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen erreicht werden. Die Kommission plant, begleitende Unterlagen für das Instrument zu entwickeln.

(Fa)

Energie & Umwelt

Deutschland verfehlt seine Ziele

■ Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union sind 2017 gestiegen

Am 26. Oktober veröffentlichte die Europäische Umweltagentur (EUA) den jährlichen Bericht „[Trends und Prognosen](#)“ in Europa. Der Bericht bewertet die Fortschritte der EU und ihrer Mitgliedstaaten im Bereich der Klima- und Energieziele auf Grundlage von Daten, die die Regierungen liefern.

Nach vorläufigen Schätzungen stiegen die Treibhausgasemissionen im Jahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozent. In 17 Ländern, darunter Deutschland, sind die Emissionen höher als im Vorjahr. Nur drei Länder konnten einen Rückgang verzeichnen: Dänemark, Finnland und das Vereinigte Königreich. Insgesamt ist weiter ein Abwärtstrend bei den Emissionen zu erkennen. Seit 1990 ist eine Verringerung von 21,9 Prozent zu verzeichnen. Die Agentur ist davon überzeugt, dass die EU somit ihr Emissionsminderungsziel für 2020 erreicht. Dieses liegt bei 20 Prozent und wird daher mit dem aktuellen Wert für 2017 bereits übertroffen.

Deutschland gehört nach Angaben der EUA zu den zehn Mitgliedstaaten der EU, die ihr europäisches Klimaziel für die Nicht-ETS-Sektoren (wie Gebäude, Verkehr, Abfall und Landwirtschaft) in 2017 nicht erreicht haben. Im Falle Deutschlands kann diese Zielverfehlung durch die Übertreffung der Ziele in den Jahren 2013–2015 ausgeglichen werden. Die Prognosen auf Grundlage bestehender Maßnahmen lassen zudem erkennen, dass Deutschland auch zu den acht europäischen Staaten (Österreich, Belgien, Zypern, Finnland, Irland, Luxemburg und Malta) gehören wird, die aus eigenen Anstrengungen ihr 2020-Ziel nicht erreichen.

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments fordern in einer Entschließung anlässlich der Weltklimakonferenz in Polen (COP24) eine Anhebung des 2030-Klimaziels der EU von 40 auf 55 Prozent. Der DIHK empfiehlt in seiner [Stellungnahme](#) zur langfristigen Klimastrategie der EU, den Klimaschutz weltweit voranzubringen und von europäischen Alleingängen abzusehen.

(JSch)

■ Erneuerbare Energien: verschiedene Rahmenbedingungen führen zu Marktverzerrungen in der EU

Studie: Berücksichtigung bei grenzüberschreitender Kooperation notwendig

Wie hoch die Kosten für die Entstehungskosten von Windenergie sind, hängt stark von den regulatorischen Rahmenbedingungen des jeweiligen Staates ab, ergab eine [Studie](#) der Denkfabrik „Agora Energiewende“. So liegt der kombinierte Effekt aus Planung, Genehmigung, Netzzugang, Steuern und Finanzierung in Deutschland bei 12,2 EUR/MWh, während er in Belgien 26,4 EUR/MWh beträgt. Im Vergleich dazu erhöht eine zehnprozentige Abnahme des Windangebots den LCOE (levelised cost of electricity) nur um 6,4 EUR/MWh.

Für die Studie wurden die Länder des Pentalateralen Energieforums

(Österreich, Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, die Niederlande und die Schweiz) verglichen. Dabei standen die regulatorischen Kosten von Planung und Genehmigung, Finanzierung, Netznutzung und -anschluss eines durchschnittlichen Windprojekts im Fokus.

Wie problematisch das ist, zeigt das Beispiel einer grenzüberschreitenden deutsch-dänischen Solarenergie-Ausschreibung aus dem Jahr 2016. Hier gingen alle Zuschläge an dänische Bieter. Der Hauptgrund: Wiesen und Äcker lassen sich dort leichter und günstiger für Solarparks nutzen.

Die Autoren der Studie empfehlen daher, bei zukünftigen grenzüberschreitenden Kooperationen im Bereich der Erneuerbaren Energien, die Auswirkungen unterschiedlicher Regulierungsbedingungen stärker einzubeziehen. Dies wird umso wichtiger, je mehr die EU den Ausbau der Erneuerbaren vorantreibt. Um Marktverzerrung bei zukünftigen Erneuerbare-Energien-Auktionen entgegenzuwirken und damit Ressourcen effizient einzusetzen, müssen Regularien angeglichen, oder zumindest ein Ausgleich zwischen den EU-Staaten bei den Auktionen geschaffen werden.

(Bo)

■ Umgang mit hormonschädlichen Chemikalien

EU-Kommission präsentiert Strategie

Am vergangenen Mittwoch hat sich die Europäische Kommission im Rahmen einer erwarteten Mitteilung zum Umgang mit hormonschädlichen Chemikalien positioniert. Brüssel beabsichtigt damit, das Risiko der Exposition gegenüber diesen so genannten Endokrinen Disruptoren weiter zu verringern. Auch geht es im Plan der EU-Kommission um die schnellere Identifikation und Erforschung entsprechender Chemikalien.

Der rechtliche Rahmen zum Umgang mit endokrinen Disruptoren soll demnach einer gründlichen Eignungskontrolle unterzogen werden. Das Vorsorgeprinzip soll dabei maßgeblich bleiben. Dazu schwebt der EU-Kommission die Durchführung einer öffentlichen Konsultation vor. Die Mitteilung verdeutlicht darüber hinaus, welche Schritte die EU-Kommission zur vollständigen Umsetzung bereits vorheriger Maßnahmen erwägt. Etwa mit Blick auf die Chemikalienverordnung (REACH) betrifft dies die Verwendung von Sicherheitsdatenblättern zur besseren Informationsweitergabe entlang der Lieferkette.

In der Vergangenheit kam es bei hormonschädlichen Chemikalien bereits zu diversen Verboten oder Expositionsbeschränkungen.

(MH)

Kurz notiert

■ Fortschritte in FTA-Verhandlungen mit Indonesien und Neuseeland

Die EU-Kommission hat die sechste beziehungsweise die zweite Verhandlungsrunde über ein Handelsabkommen mit Indonesien und Neuseeland abgeschlossen. In den Verhandlungen mit Indonesien erzielte man dabei gute Fortschritte in den Bereichen Zoll- und Handelserleichterungen sowie über Vorschriften im Handel mit Lebensmitteln. Auch bei Neuseeland näherte man sich in verschiedenen Bereichen an.

■ EP nimmt Bericht zu „Nutzung der Globalisierung: handelspolitische Aspekte“ an

Das Europäische Parlament hat den Bericht zur „Nutzung der Globalisierung: handelspolitische Aspekte“ am 25. Oktober in Straßburg [angenommen](#). Der Bericht greift langjährige DIHK-Forderungen wie die stärkere Unterstützung des Mittelstands in der Handelspolitik und ein Ursprungsrechner-Webtool auf.

■ Gemeinsames Kommuniqué der Ottawa-Ministerkonferenz zur WTO-Reform

Einige WTO-Mitglieder wie die EU, Kanada, Australien und Japan sind Ende Oktober in Ottawa [zusammengekommen](#), um eine WTO-Reform zu diskutieren. Dabei bekräftigten sie ihre Unterstützung des multilateralen Handelssystems und betonten die unverzichtbare Rolle, die die WTO in Hinblick auf die Erleichterung und den Schutz des weltweiten Handels spielt.

■ EU-Mandat für hormonfreies Rindfleisch-Zollkontingent mit USA

Die EU-Kommission kann Quotenregeln und das Zollkontingent für nicht hormonhaltiges Rindfleisch aus den USA erneut [verhandeln](#). Der

Rat hat hierfür am 19. Oktober grünes Licht gegeben. Ziel der Neuverhandlungen ist die Beilegung eines langjährigen WTO-Streits. Bereits seit 2016 überprüfen die EU und die USA die bestehenden Vereinbarungen.

■ **EVP und Grüne haben ihre Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019**

Beim Parteitag der EVP am 8. November in Helsinki wurde der CSU-Politiker und Vorsitzende der EVP-Fraktion Manfred Weber zum Spitzenkandidaten gewählt. Mit 79 Prozent setzte er sich gegen den ehemaligen finnischen Regierungschef Alexander Stubb durch. Weber möchte als „Brückenbauer“ zwischen verschiedenen Lagern der EU agieren und setzt sich für stärkeren Schutz der EU-Außengrenzen ein. Auch die Grünen wählten ihre Spitzenkandidaten auf dem Bundesparteitag in Leipzig. Ska Keller und Sven Giegold bekamen überwältigende Mehrheiten von 87 und 97 Prozent. Beide sprechen sich klar gegen ein nach rechts rückendes Europa aus und fordern mehr Personal an den EU-Außengrenzen für eine adäquate Registrierung und Versorgung von Flüchtlingen. Gefordert wird zudem ein CO₂-Mindestpreis sowie eine Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte.

Die Woche in Brüssel

Die wichtigsten Sitzungen in den Europäischen Institutionen der kommenden Woche finden Sie in unserer [EU-Agenda](#).

Zahl der Woche

■ **2,1 Prozent**

So hoch ist das prognostizierte Wachstum für den Euroraum im Jahr 2018 laut der Herbstprognose der Europäischen Kommission. Im Vergleich zum Vorjahr sank es um 0,3 Prozentpunkte, was vor allem dem unsicheren globalen Umfeld geschuldet ist. Internationale Handelsspannungen sowie die stets andauernden Brexit-Verhandlungen wirkten sich wachstumshemmend aus. Der Rückgang wird sich in 2019 mit 1,9 Prozent Wachstum und 2020 mit 1,7 Prozent weiter fortsetzen.

Nichtsdestotrotz ist die Lage am Arbeitsmarkt gut und die Arbeitslosenquote könnte laut der Prognose in den kommenden Jahren ein historisches Tief erreichen. Momentan liegt sie bei 7,4 Prozent in den EU27.

Verantwortlich für die Endredaktion: Franziska Stavenhagen (FSt)

Ansprechpartner für die einzelnen Beiträge: Be= Dr. Ulrike Beland; Bo= Dr. Sebastian Bolay; Du= Mathias Dubbert; Fa= Barbara Fabian; MH= Moritz Hundhausen; JSch= Julian Schorpp; Stö= Patricia Sarah Stöbener de Mora; JS= Josefin Sünemann